

**Erklärung  
des Politischen Beratenden Ausschusses  
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
für die Herstellung eines dauerhaften Friedens  
und der Sicherheit im Nahen Osten**

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörterten die Lage im Nahen Osten und nahmen in diesem Zusammenhang folgende Erklärung an:

Im Nahen Osten besteht nach wie vor eine friedensgefährdende Lage. Seit mehr als drei Jahren halten die israelischen Truppen arabische Gebiete okkupiert. Die imperialistische Politik der herrschenden Kreise Israels und der Israel unterstützenden Kräfte der internationalen Reaktion errichtet immer neue Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung einer politischen Regelung im Nahen Osten. In Anbetracht der internationalen Bedeutung dieses Raumes dürfen die Größe und das Ausmaß der damit zusammenhängenden Gefahren nicht unterschätzt werden.

In den Fragen des Nahen Ostens gibt es zwei entgegengesetzte Richtungen. Die eine Richtung ist der konsequente Kurs, mit politischen Mitteln eine Regelung herbeizuführen, die allen Völkern des Nahen Ostens, darunter auch dem Volk Israels, eine unabhängige, sichere nationale Existenz garantieren, ihre Grenzen sichern und es ihnen ermöglichen würde, ihre Kräfte, Ressourcen und Energien für die Befriedigung ihrer dringenden Bedürfnisse einzusetzen. Doch es kann im Nahen Osten keinen Frieden geben, solange die israelischen Truppen nicht alle okkupierten arabischen Gebiete räumen. Solange dies nicht geschieht, ist es unvorstellbar, daß die Völker des Nahen Ostens gutnachbarlich miteinander leben können. Die Anhänger dieses Kurses, die